

Düsseldorf, 27. Oktober 2006

MIT fordert Reform des Öffentlich –Rechtlichen Rundfunks

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW ist enttäuscht vom Verhandlungsergebnis der Ministerpräsidenten zur Einführung einer Gebührenpflicht für internetfähige PCs und Handys. Wir sehen darin eine unnötige Belastung des Mittelstandes und hätten uns eine weitere Gültigkeit des Moratoriums gewünscht, bis eine Reform des Gebühreneinzuges umgesetzt ist.

Wir befürworten die grundsätzliche Entscheidung der Ministerpräsidenten, baldmöglichst eine Reform des Gebührensystems zu beschließen. Halten es aber für unsinnig, für ein Jahr eine Regelung einzusetzen, die dann ohnehin wieder abgeschafft werden sollte. Solch politisches Hin- und-Her ist Grund für mangelndes Vertrauen in den Standort Deutschland und in die Berechenbarkeit unserer Politik.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung befürwortet, das Modell einer haushaltsbezogenen Abgabe zu prüfen und als Richtschnur für ein neues System zu sehen. Der andauernde Ärger über Methoden und Systematik der GEZ bei Bürgern und Unternehmen ist so nicht weiter tolerierbar.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW fordert des Weiteren, eine grundsätzliche Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks sowie eine Klärung des Aufgabenspektrums nach dem Rundfunkstaatsvertrag. Wir stellen heraus, ...

...dass wir das freiwillige Informationsangebot des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks im Internet nicht als notwendige Aufgabe nach dem Rundfunkstaatsvertrag betrachten.

...dass wir im Gegensatz zum SPD-Vorsitzenden Beck nicht einen Gesamtfinanzierungsaufwand als unabänderlich gegeben sehen, sondern dieser in Frage zu stellen ist.

...dass zwei große Fernsehanstalten mit unzähligen Lokalfenstern, angegliederten Spartenkanälen, 9 Rundfunkanstalten mit insgesamt 58 Rundfunkkanälen (von „Antenne Brandenburg“, über „WDR 1,2,3,4,5“ bis „Zündfunk“) eine sich verselbständige Struktur entwickelt haben, die mit dem Argument der Sicherheit der neutralen Informationsversorgung immer weiter ihr Geschäft ausdehnen und Wettbewerb einschränken.

Wir wollen einen funktionsfähigen Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk, der eine gute Grundversorgung an Informations-, Kultur- und Dokumentationsangeboten hat. Hierzu ist das Stoppen der Gebührenspirale und eine Konzentration auf das Notwendige erforderlich. Denn auch der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk braucht die Zustimmung und den Konsens der Gesellschaft. Diesen sehen wir heute als in Frage stehend an.